

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 28 (1934)
Heft: 4

Rubrik: Schweizerisches. I., Die dritte Lex Häberlin und Herr Motta ; II., Ein Wort zur Krisis des schweizerischen Sozialismus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„So nun Gott sein heiliges Evangelium hat ausgehen lassen, handelt er mit uns auf zweierlei Weise, einmal äußerlich, das andermal innerlich. Äußerlich handelt er mit uns durchs mündliche Wort des Evangeliums, durch die leiblichen Zeichen, als da ist Tauffe und Sakrament. Innerlich handelt er mit uns durch den heiligen Geist und Glaube sammt andern Gaben . . ., also daß er beschlossen hat, keinem Menschen die innerlichen Stück zu geben, ohne durch die äußerlichen Stück.“

Und wenn ihn jemand fragt, wie er dazu käme, so wider alle Erfahrung ungezählter Frommer die Erlösung an Tradition und damit an Kirche und ihre Autorität wieder zu binden, so ist seine Antwort:

„Wie er dir mit den Worten Geist, Geist, Geist das Maul aufsperrt und doch dieweil beide Brücken, Steg und Weg, Leiter und alles umreißt, dadurch der Geist zu dir kommen soll, nämlich die äußere Ordnung Gottes . . . will dich lehren, nicht wie der Geist zu dir, sondern wie du zum Geist kommen sollst.“ *Extra Ecclesiam nulla salus.*

Wir stehen vor der Katholifizierung, die hier bei ihm entscheidend einsetzt und aller freien Innerlichkeit Ausgestaltung zur ganzen vollen Lebenswirklichkeit und Macht entgegensteht, alle christliche Freiheit und Neugestaltung der Gesellschaft durch sie unmöglich macht.

(Fortsetzung folgt.)

Emil Fuchs.

Schweizerisches.

I.

Die dritte Lex Häberlin und Herr Motta.

Was man erwarten mußte, ist geschehen, das Perfide, Freche, trotz aller Erwartung fast Unglaubliche: die Lex Häberlin, zweimal in der Volksabstimmung verworfen, ist nun doch da, in Form eines bundesrätlichen Diktatur-Aktes. Denn nichts anderes ist der Presse-Erlaß, den der Bundesrat dem Schweizervolk als Ostergeschenk übermacht hatte. (Es wäre interessant zu wissen, ob es nebenbei auch eine Abschiedsgeschenk des scheidenden Bundesrates Häberlin an sein Schweizervolk sein soll.) Er bestimmt, daß Zeitungen oder Zeitschriften, die über auswärtige Regierungen oder Regierungssysteme sich beleidigende Äußerungen erlaubten, vom Bundesrate verwarnt und im Wiederholungsfalle verboten werden können und sollen, daß in der Schweiz erscheinende Bücher und sonstige Druckschriften, von denen das Gleiche gilt, ebenfalls verboten werden dürfen und ebenso Presseerzeugnisse dieser Art, die im Auslande erscheinen. Mit jenen Regierungen und Regierungssystemen, die durch diesen Ukas vor unwillkommener Kritik geschützt werden sollen, ist natürlich nicht Stalin und der Bolschewismus gemeint, sondern Mussolini und Hitler, der Faschismus

und Nationalsozialismus, unter den Büchern folche wie das „Braunbuch“, unter den auswärtigen Zeitungen folche wie die „Deutsche Freiheit“ und so fort. Der bundesrätliche Erlaß, wie er, jedenfalls sinngemäß, in der bürgerlichen Presse erschienen ist, läßt darüber keinen Zweifel. Er nennt als Länder, die durch eine gewisse Art von schweizerischer Presse beleidigt worden seien, nur Hitler-Deutschland und Dollfuß-Oesterreich und betrachtet es offenbar als ein besonderes Verbrechen, daß wiederholt in diesen Blättern behauptet worden sei, die Nationalsozialisten, in concreto: Göring, hätten das Reichstagsgebäude angezündet. Ueber Rußland, die Tschechoslowakei, auch Frankreich darf man natürlich sagen was man will. Und was sagen gewisse Blätter nicht darüber! Wie eng im übrigen die Drähte dieses Maulkorbes sind, beweist die Bestimmung, wonach schon eine „heftige Schreibweise“ ein Recht zu dieser Maßregelung gewähren soll. Der Bundesrat wird sich schon entschließen müssen, ein Handbüchlein des von ihm gemeinten „Anstandes“ gegen ausländische Regierungen, also eine Art außerpolitischen Presse-Knigge herauszugeben. Auch wird er wohl von Zeit zu Zeit ein Verzeichnis derjenigen Gegenstände veröffentlichen, über welche diese ehrbare Presse schreiben oder nicht schreiben darf!

Ich stehe nicht an, diese uns nun diktatorisch auferlegte Lex Häberlin für bedeutend schlimmer zu halten, als die vom Volke verworfene. Aus verschiedenen Gründen. Sie ist eine Lex Häberlin, aber eine maskierte. Man kann mit diesem Instrument alles durchsetzen, was man mit der Lex Häberlin wollte. Denn wenn eine Zeitung oder Zeitschrift den Herren Motta, Minger und Kompagnie mißliebig ist, dann brauchen sie bloß zu erklären, ihre ganze Haltung sei geeignet, „die guten Beziehungen zu andern Staaten zu gefährden“, und sie können den erwünschten Schlag gegen sie führen, sie, wenn sie wollen, vernichten. Denn wie Rufsch in der „Nationalzeitung“ und in den „Republikanischen Blättern“ zeigt, werden es in der Regel die Motta und der ganzen heute die Schweiz regierenden Gesellschaft mißliebigen, ja verhaßten Zeitungen und Zeitschriften sein, die auch die scharfe Kritik am Faschismus und Nationalsozialismus, wie an ihren Trägern üben. Wenn also deren Opposition gegen unseren Militarismus und das ganze mit ihm verbündete herrschende System nicht direkt getroffen werden kann, wie es die früheren Formen der Lex Häberlin wollten, so doch ganz leicht indirekt, auf einem kleinen Umweg. Kurz, wir haben trotz dem doppelten Volksentscheid die Lex Häberlin. Aber wir haben sie in einer schlimmeren Form. Denn wir haben sie in einer versteckten Form. Und gleichzeitig in einer unzweideutig böseartigen Form, in einer unverschämten Form. Denn wenn man der zweiten Lex Häberlin zur Not noch eine bessere Deutung geben konnte, so ist das bei der dritten unmöglich. Sie ist unehrlich, weil sie ihre letzten Gedanken verdeckt, aber gleichzeitig ist das, was sie ausspricht, schlimm genug.

Und wir haben darin noch mehr und Aergeres als in der Lex Häberlin. Wir haben neben der Möglichkeit, das meiste zu verwirklichen, was jene zwei Formen der Lex wollten, noch eine liebedienerrische Wegwerfung vor dem Ausland, wie sie nur in den allertraurigsten Perioden der Schweizergeschichte vorgekommen sind, etwas, worüber jeder Schweizer, dem noch ein Gefühl für die Ehre und Würde unfers Landes geblieben ist, der noch das Bild einer Schweiz in sich trägt, die ein Vorbild und Hort der *Freiheit* ist, sich im Tiefsten schämen muß. Diese knechtfelige Unterwürfigkeit geht so weit, daß der Bundesrat nicht einmal das ungnädige Augenzwinkern Mussolinis, Hitlers oder Dollfußens abwarten will, sondern erklärt: „Der Bundesrat ist gewillt, die völkerrechtlichen Pflichten, aber auch die des Anstandes, zu wahren, und nicht zu warten, bis ausländische Regierungen vorstellig werden.“ Auf die *Wahrheit* kommt es ihm dabei offenbar so wenig an, als auf die *Würde*, der „Anstand“, mit andern Worten: die Angst, die Sympathie für die Systeme der Diktatur und die neuhelvetische Unterwürfigkeit entscheiden.

Wir haben endlich in der neuen Lex eine klare Verhöhnung des Volkswillens vor uns, einen Akt faschistischer Diktatur und einen Bruch der Verfassung. Denn die Pressefreiheit ist durch die Verfassung verbürgt. Es heißt in Artikel 55 der Bundesverfassung ausdrücklich: „Die Pressefreiheit ist gewährleistet.“ Im gleichen Artikel steht dann: „Ueber den Mißbrauch derselben trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen, welche jedoch der Genehmigung des Bundesrates bedürfen.“ Daraus geht zweierlei hervor: Einmal, daß unter „Mißbrauch“ nicht außenpolitische Kritik verstanden ist, sondern andere Dinge: etwa Beleidigung religiöser Einrichtungen und Aehnliches, sodann, daß dem Bundesrat die Rolle des *Beschützers* der Pressefreiheit und damit des Wächters über die Verfassung zugedacht wird, nicht das Gegenteil. Wenn es in dem Artikel weiter heißt: „Dem Bunde steht das Recht zu, Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch der Presse zu erlassen, der gegen die Eidgenossenschaft und ihre Behörden gerichtet ist“, so ist damit die Außenpolitik aus dem Bereich solcher Maßregeln direkt ausgeschlossen. Der Bundesrat hat also kein Recht, Befugnisse in Anspruch zu nehmen, wie sein Erlaß sie voraussetzt. Es bleibt ihm, um wenigstens einen Schein des Rechts zu erzeugen, nur die Berufung auf seine Aufgabe, die Unabhängigkeit und Sicherheit der Eidgenossenschaft zu wahren, übrig. Er stützt sich denn auch nicht auf Artikel 55, sondern auf Artikel 102, Ziffer 8 und 9. Was steht dort? „Er [sc. der Bundesrat] wahrt die Interessen der Eidgenossenschaft nach außen, wie namentlich ihre völkerrechtlichen Beziehungen und besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt. (8) Er wacht für die äußere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.“ (9) Ich frage: Ist diese verfassungsrechtliche Basis genügend? Geben die Ziffern 8 und 9 des Ar-

tikels 102 der Verfassung dem Bundesrat das Recht, die fundamentale Bestimmung von Artikel 55, Abschnitt 1, aufzuheben?

Die Antwort kann nur ein entschiedenes *Nein* sein! Die Berufung auf die Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit des Landes ist so vag, daß man damit jeden Akt der Diktatur rechtfertigen könnte. Denn was heißt Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit des Landes? Etwa Schonung, ja Förderung des Faschismus und Nationalsozialismus? Als ob nicht deren Kritiker gerade die Unabhängigkeit und Sicherheit, ja die Existenz der Schweiz retten wollten, indem sie gegen Systeme kämpfen, die für die Schweiz den Untergang bedeuten! Ist es Schutz der Neutralität, wenn man bei uns gewisse Völker, denen der Bundesrat seine Antipathie widmet, ruhig beleidigen, bespucken, ja mit „Kreuzzügen“ bedrohen darf, während andere vor jeder Aussprache der Wahrheit geschützt werden? Nein, diese Berufung auf Artikel 102 ist reine Willkür und klingt wie Hohn.

Noch einmal: Man kann mit solcher Anwendung allgemeinsten Bestimmungen anfangen, was man nur will, wenn man einmal gesonnen ist, dem *Geist* der Verfassung ein Schnippchen zu schlagen. Warum sollte man dann z. B. auf Grund von Artikel 102, Ziffer 8 und 9 nicht auch die sozialdemokratische Partei verbieten können, um vom Kommunismus zu schweigen? Es ist aber auch kein Trost, wenn diese Maßregel als eine „vorübergehende“ bezeichnet wird, als etwas, was durch die „kritischen Zeitverhältnisse“ gerechtfertigt werde. Denn einmal ist gerade in „kritischen Zeitverhältnissen“ — Kritik nötig (darum heißen ja solche Zeitverhältnisse „kritisch“), ist gerade in solchen Lagen nötig, daß die unabhängige Stimme der Wahrheit in aller Schärfe gehört werde. Und es ist gerade in solchen Lagen am wenigsten wahrscheinlich, daß gerade die über den Maulkorb Verfügenden auch über die rettende Wahrheit verfügen. Sodann aber: was heißt „vorübergehend“? Und was heißt „kritische Zeitverhältnisse“? Kann nicht der Bundesrat, wenn es ihm paßt, erklären, es bestünden „kritische Zeitverhältnisse“? Und verwandelt sich dann nicht von selbst das „vorübergehend“ in ein „dauernd“? Wann wären z. B. seit 1914 die „Zeitverhältnisse“ nicht „kritisch“ gewesen? Das sind alles schale Ausreden, welche die Willkür verhüllen sollen.

Aber was machen wir viele Worte, um zu beweisen, was sonnenklar ist: daß wir in diesem Erlaß zur Bevormundung der Presse einen Akt bundesrätlicher Diktatur vor uns haben, bestimmt, mit der Pressefreiheit überhaupt die Opposition zu erwürgen, verbunden mit einer Haltung unwürdigster Kriecherei vor auswärtigen Machthabern?

Mit andern Worten: *Wir haben vor uns die Wiedereinführung der Zensur*, jener Einrichtung des despotischen Obrigkeitsstaates, die wir glücklich überwunden glaubten. Es muß, wie der Bundesrat selbst gesteht, zur Ausführung dieses Ukasses ein ganzer Beamtenapparat geschaffen werden, dessen Aufgabe es ist, die Presse zu überwachen. Man

kann sich denken, was für Leute in diesem Konzilium sitzen werden. Kurz: es kann schön werden in der „freien Schweiz“!

Und es kann nachher noch schöner werden. Denn seien wir ganz sicher: Wenn das Schweizervolk sich diesen Akt der Diktatur gefallen läßt, so wird sehr bald ein anderer folgen, der auch die *innerpolitische* Kritik unterbinden soll und dann ein anderer, der die Versammlungsfreiheit aufhebt. Ce n'est que le premier pas, qui coûte — im passiven wie im aktiven Sinne.

Ueberlegen wir uns aber die Bedeutung dieser bundesrätlichen Tat noch etwas weiter.

Sie sei namentlich denen zum Nachdenken empfohlen, welche für die zweite Lex Häberlin gewesen sind, weil sie dem Bundesrat das Vertrauen schenkten, er werde das ihm damit übergebene Instrument unparteiisch und sogar im Geiste der Freiheit und Demokratie anwenden. Nun haben sie eine sehr beweiskräftige Probe dieser Unparteilichkeit, wie dieser Freiheit und Demokratie. In *diesem* Geiste wäre die zweite Lex Häberlin angewendet worden! Aber sie könnten vielleicht antworten: „Ja, haben wir denn nicht jetzt doch die Lex Häberlin, und zwar, wie du selbst sagst, in viel schlimmerer Form? Wäre diese nicht vermieden worden, wenn man jene andere angenommen hätte? Haben wir nicht in diesem Sinne gewarnt?“ Ich erwidere: Was ist das für eine Argumentation: „Weil der Bundesrat fähig wäre, uns eine diktatorische und schlimmere Lex Häberlin zu beschicken, so müssen wir die demokratische und weniger schlimme annehmen!“ Als ob ein solcher Bundesrat nicht *jede* Lex Häberlin so diktatorisch und schlimm als nur möglich anwendete! Nein, einen *solchen* Bundesrat, einen solchen Geist muß man *bekämpfen* bis aufs Aeußerste.

Zum andern wird durch diese bundesrätliche Haltung wieder die große Lüge beleuchtet, die das Wort von der *Landesverteidigung* umnebelt. Und zwar von zwei Seiten her. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß ja gerade die zwei Regierungssysteme, die durch den neuesten Maulkorb vor dem Angriff der Kritik geschützt werden sollen, der Faschismus und der Nationalsozialismus, die Todfeinde der Schweiz sind. Wer nun ihre Todfeinde bekämpft, der verteidigt die Schweiz, wer diese Bekämpfung hindert, der verhindert die Landesverteidigung. Man bedenke doch: diese Todfeinde dürfen bei uns ungehemmteste Propaganda treiben. Am wenigsten fällt es dem Bundesrat ein, deren Organe, etwa den „Völkischen Beobachter“, zu verbieten, obschon dieser von Zeit zu Zeit deutlich proklamiert, daß alle deutschschreibenden Länder noch zum Dritten Reiche kommen müßten und die demokratischen Institutionen auf jede Weise verhöhnt und untergräbt. Diese Diktatur-Länder sind ihrerseits nicht faul, schweizerische Blätter, welche die Diktatur bekämpfen, zu verbieten. Was tut der Bundesrat der Schweiz daraufhin? Er verbietet die auswärtigen wie die schweizerischen Blätter, welche — die Demokratie

gegen die Diktatur verteidigen. So schützt er die Neutralität, Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz! Wahrhaftig, auch wenn der Antimilitarismus die Landesverteidigung leugnete (er leugnet aber bloß den Wert der *militärischen* Landesverteidigung!) dann wäre immer noch zu sagen: Es gibt in der Schweiz niemand, der so verhängnisvoll die Landesverteidigung verneint, wie der schweizerische Bundesrat.

Es kommt aber noch ein Zweites dazu. Die Schweiz lebt von dem *moralischen* Kredit, den sie in der Welt genießt. Dieser Kredit ist aber wesentlich mit dem Glauben verbunden, daß die Schweiz ein Hort der *Freiheit* sei. Auch wer dem Heer für die Verteidigung der Schweiz noch einen Wert zuschreibt, muß, wenn er nicht ein blinder Militärgötzendienener ist, einsehen, daß auch das beste Heer verglichen mit jenem *geistigen* Schutzwall nicht in Betracht kommen kann. Wer ihn zerstört, der zerstört die Schweiz. Wieder ist zu sagen: Auch wenn der Antimilitarist die *wirkliche* Landesverteidigung verneinte (was er *nicht* tut!) so hätte doch noch nie ein Antimilitarist die schweizerische Landesverteidigung so geschädigt, wie der schweizerische Bundesrat (der Kriegsminister inbegriffen) mit dieser Verordnung zur Erwürgung des freien Wortes in der Schweiz. Wieder sieht man deutlich, daß der Kultus des Militärgötzen nur dazu dient, von der wirklichen Verteidigung und Rettung der Schweiz abzuhalten.

Und noch ein Drittes: Wenn andere keine Luft mehr haben werden, eine Schweiz zu verteidigen, die mit dem Freiheitsfinn und der geistigen Demokratie, zu der Freiheit des Wortes gehört, sich selbst aufgegeben hat, so auch die Schweizer selbst nicht. Es wird sich wiederholen, was 1798 geschehen ist. Ich erinnere an das bekannte Wort Jakob Burckhardts, den wohl auch die heutige Geistesverblödung nicht des Kommunismus oder Anarchismus zeihen wird:

„Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die größtmögliche Quote der Staatsangehörigen Bürger im vollen Sinne sind... Kleine Monarchien haben sich diesem Zustand möglichst zu nähern, kleine Tyrannien, wie die des Altertums und der italienischen Renaissance, sind die unsicherste Staatsform und haben die beständige Neigung, in einem größeren Ganzen aufzugehen. Denn der Kleinstaat hat überhaupt nichts, als die wirkliche, tatsächliche Freiheit, wodurch er die gewaltigen Vorteile des Großstaates, selbst dessen Macht, ideal völlig aufwiegt; jede Ausartung in die Despotie entzieht ihm seinen Boden...!“

Auch im Lichte dieses Burckhardt-Wortes erscheint dieser Akt des Bundesrates, und freilich auch seine ganze seit zwei Dezennien betriebene Politik als eine Untergrabung der Fundamente der Schweiz.

Aber was sollen wir nun gegen die schwere Gefährdung der Schweiz durch unsere oberste Behörde tun?

Das Nächstliegende wäre eine Anfechtung der dritten Lex Häberlin auf *gesetzlichem* Wege. Aber nun sind wir in der tragischen Lage, dafür in der „ältesten Demokratie“ keine Rechtsmittel zu haben. Denn wir besitzen keine rechtliche Instanz, die Verletzungen

der Verfassung durch den Bundesrat feststellen und ahnden könnte. Als unsere heutige Verfassung geschaffen wurde, da hat man offenbar an die Möglichkeit solcher Fälle, wie sie nun fast zur Regel werden, nicht einmal gedacht. Mit Recht. Damals und noch für lange Zeit waren sie ausgeschlossen. Denn wir hatten einen *demokratischen* Bundesrat und hatten eine Bundesversammlung, worin *Männer* saßen. Aber jenes damals durchaus berechtigte Vertrauen wird nun der Freiheit und Demokratie zum Fallstrick. Zum *Schein* kann sich ja der Bundesrat auf jenen Artikel von der Sicherung der Unabhängigkeit und so fort berufen. Er kann es damit halten, wie Hindenburg und Brüning mit dem berüchtigten Artikel 48 der Weimarer Verfassung. Man sieht: keine Verfassung gewährt noch sicheren Schutz, wenn der Geist, aus dem sie entstanden ist, von ihren Hütern weicht. Was einst als Schutz der Demokratie gedacht war, kann dann ein Werkzeug der Diktatur werden. Es gilt, jenen *Geist* zu erneuern!

Es gilt jenen Geist zu erneuern! Dazu gehört, *daß wir uns diesem Ukas nicht fügen*. Wer noch ein Fünkchen Ehre und Freiheitsgeist, sagen wir: Schweizergeist, im Leibe hat, der schreibt trotz der dritten Lex Häberlin erst recht als freier Mann, wie die Wahrheit es ihm gebietet, möge es Herrn Motta und das heißt: den Herren Hitler und Mussolini e tutti quanti gefallen oder nicht. Er nennt einen Mörder einen Mörder, einen Henker einen Henker und einen Brandstifter einen Brandstifter, sitze er nun auf einem Ministerfessel oder auf einem Armenfünderbänkchen. Er beurteilt von sich aus, was der Schweiz dient oder nicht, als Freier, Gleichberechtigter, nicht als Untertan. Zwar werden sich ja viele den Maulkorb gefallen lassen. Täuschen wir uns darüber nicht. Der schweizerische Presseverein, anstatt gegen diese Entwürdigung des Berufes, dessen Ehre er vertreten sollte, männlichen Protest zu erheben, hat es mit dem Ausweg versucht, dem Bundesrat eine Konfultativkommission vorzuschlagen, in der er auch etwas zu sagen hätte, ist aber abgefahren. (Hoffentlich hat es in seiner Mitte einige *Männer* gegeben. Aber den heutigen Durchschnittschweizer ergreift vor etwas Ganzem und Tapferen ein Schwindel. Er kann erst wieder schlafen, wenn das Flickwerk fertig ist.) Desto wichtiger ist, daß es noch eine Anzahl Männer und Frauen unter uns gibt, die *nicht* gehorchen, sondern als freie Eidgenossen die Wahrheit sagen, wie es ihnen Gott und ihr Gewissen gebieten und es darauf ankommen lassen, ob in der Schweiz endgiltig Geßler regiert und Wilhelm Tell Schuhputzer fremder Tyrannen geworden ist.

Aber natürlich müssen wir auch *aktiv* gegen diese Entwürdigung und Gefährdung der Schweiz vorgehen. Es gilt, eine Verfassung zu schaffen, die solche Bundesratsdiktatur endgiltig verhindert. Die Initiative, die ein Verfassungsgericht will, ist durchaus am Platze. Nur eines darf nicht vergessen werden: Es gehört zur Wirksamkeit freiheitsschützender Verfassung ein freiheitsschützender *Geist*. Es gilt,

diesen zu wecken. Das aber kann gerade auch durch einen allgemeinen Kampf gegen diesen nun doch aufgestellten Geßlerhut geschehen. *Es gilt aber auch, diesen Bundesrat endlich zu beseitigen.* So geht es nicht mehr.

Namentlich auch, Bundesrat Motta zu beseitigen. *Seine Demission muß mit Wucht verlangt werden.* Denn seine Politik war schon lange und wird immer mehr eine schwere Gefährdung der Schweiz.

Ich muß hier noch ein Wort sagen, das ich schon lange in der Feder hatte, das auszusprechen ich aber im Drange der Ereignisse nicht Raum bekam. Wie man wissen kann, bin ich nicht *konfessionell* gestimmt, bin ich namentlich kein Bekämpfer des Katholizismus. Ich bin dafür, daß dieser in der Eidgenossenschaft ein volles Mitsprache- und Mitregierungsrecht habe. Aber innerhalb der höheren Interessen der Eidgenossenschaft, nicht gegen sie. Und wenn ich nicht konfessionell gegen den Katholizismus gestimmt bin, so kann ich doch auch nicht zugeben, daß die Schweiz einseitig im Sinn und Geist katholischer Tendenzen regiert werde. Gegen die höheren Interessen der Schweiz hat aber Motta auf zwei Arten gefehlt und zwar schon lange. Ich denke dabei nicht an seine doppeldeutige Haltung in der Abrüstungsfrage, den Gegensatz zwischen dem Motta in Genf und dem Motta in Bern — der hat mit dem Katholizismus nichts zu tun — sondern an anderes. Einmal: Zum Lebensinteresse der Schweiz gehört *eine engere Verbindung der kleinen und mittelbaren Staaten untereinander.* Die Schweiz müßte mit Holland, den skandinavischen und baltischen Ländern, der Tschechoslowakei — um nur diese zu nennen — durch eine politische Arbeits- und Kampfgemeinschaft verbunden sein. Warum hat man nie etwas davon gespürt? Ich weiß nur *eine* Erklärung: Das sind *protestantische* oder protestantisch regierte Länder und daher Motta unvertraut oder unsympathisch. Darum mußte die lebenswichtige engere Gemeinschaft mit ihnen unterbleiben. Dazu gefellt sich aber, damit aufs Engste verbunden, ein Zweites: Motta ist ein Bewunderer Mussolinis, dem Faschismus innerlich zugeneigt, wenn auch vielleicht mit ein paar Vorbehalten. Und was noch viel wichtiger ist: Motta steht auf dem Boden, auf dem ein Dollfuß steht. Er war darin mit Mussy im Wesentlichen einig. Oder nicht? Dann soll es gesagt werden. Wenn ja, dann bedeutet das, daß unser Minister des Auswärtigen Ueberzeugungen und Gefinnungen hegt und betätigt, die den Untergang der schweizerischen *Demokratie* bedeuten würden. Denn Faschismus und Demokratie gehen zusammen wie Feuer und Wasser.

Und unser Freisinn hat mehr als ein Jahrzehnt geruhlos zugehört, wie die Schweiz im Geiste von Freiburg regiert wurde. Unsere „Reformierten“ waren mit diesem Geist verbündet (Grob und Mussy!). Unsere Kirchen „besinnen sich auf die Theologie der Reformation“, sammeln Geld für die protestantische Kirchen in der Diaspora — und

sehen zu, wie an Stelle Zwinglis und Calvins Ignaz von Loyola die Geschicke der Schweiz bestimmt.

Und alles „Landesverteidigung“!

II.

Ein Wort zur Krisis des schweizerischen Sozialismus.

Die Krise des schweizerischen Sozialismus, von der so lange seine Zionswächter nichts sehen und hören wollten, ist nun offenkundig. Und lebensgefährlich, wie alle echten Krisen. Sie zeigt sich in folgender Form.

Ein Teil der sozialdemokratischen Führerschaft ist über den Katastrophen des Sozialismus in Deutschland und Oesterreich wie über dem siegesbewußten Auftreten der Fronten und der Reaktion bei uns tödlich erschrocken. Bezeichnenderweise ist es gerade der „radikale“ Flügel, das heißt jener bisher die Partei beherrschende Teil der Führerschaft, der sich radikal, ja revolutionär gebärdete, die Diktatur des Proletariates ins Programm brachte und darin festhalten wollte, den Klassenkampf zu seinem dritten Worte machte und alles, was nicht durch ihn „marxistisch“ legitimiert war, als „bürgerlich“, „kleinbürgerlich“, wenn nicht gar „sozialpatriotisch“ verhöhnte. Gerade dieser Teil bläst nun mit vollen Backen zum Rückzug. Und zwar zu einem fluchtartigen Rückzug in die volle Bürgerlichkeit. Er entdeckt plötzlich den Wert der Demokratie. Er entdeckt sogar das „demokratische Volksherr“ und beinahe schon ein demokratisches, wenn nicht gar sozialistisches Offizierkorps. Das Bekenntnis zur Landesverteidigung soll die Trennung zwischen der sozialistischen Arbeiterschaft und den Mittelschichten, den Bauern, Handwerkern und Kleinbürgern anderer Art aufheben und nebenbei — ins Ohr gesagt! — auch ermöglichen, in die Regierungsräte oder sogar den Bundesrat zu gelangen! Wir sollen unsere Basis verbreitern, möglichst weite Volkskreise mit uns in Verbindung bringen. Auf einmal hat man auch den Mittelstand entdeckt, der vorher „marxistisch“ wegtheoretisiert worden war. Von Sozialismus, so belehrt man uns nun — nachdem man vorher alles kurzerhand und mit Hohn abgelehnt hatte, was nicht vollsozialistisch zu sein schien —, von Sozialismus könne jetzt keine Rede sein, sondern nur noch von Rettung der Demokratie. Kurz, diese Revolutionäre von gestern reden heute so, daß man sich fragt, wo denn noch der Sozialismus bleibe, daß der Sozialismus völlig verschwunden zu sein scheint. Zu ihnen gefellen sich dann freilich solche, die immer mehr „rechts“ gestanden sind. Sie sind nun vollends nur noch mit Mühe als Sozialisten zu erkennen. Sie schlucken jede reaktionäre Maßregel und sie kommt ihnen zuletzt fast wie Zucker vor. Sie haben den am 28. Mai verworfenen Lohnabbau auf dem Wege der „Dringlichkeit“ ohne viel Widerstand durchgehen lassen; sie haben ebenfalls ohne starken Widerstand

das Finanzprogramm der Volksabstimmung entziehen lassen; sie haben sich nur mühsam zum Kampf gegen die Lex Häberlin aufgerafft und ihn nur mit halbem Herzen geführt. Aber gerade die, welche früher so oft unnötigerweise wie die Wölfe heulten, blöcken nun wie die Lämmlein und antworten auf unerhört freche bürgerliche Behandlung mit solcher Schwäche, daß sie jene Frechheit nur noch ermuntern. Sie, die einst jenes Wort der Bergpredigt: „So dir einer auf den rechten Backen schlägt, so biete ihm auch den andern dar“, höhnisch so interpretierten: „Schlägt dir einer eines auf den rechten Backen, so schlage ihm zwei zurück“, sind nun wahre Muster der christlichen Sanftmut, freilich der falschen. Kurz, eine ganz wunderbare Bekehrung und Verwandlung.

Dagegen mußte sich selbstverständlich eine Reaktion nach der entgegengesetzten Richtung hin geltend machen. „Nun erst recht revolutionär sein! Nun sich auf den letzten Kampf rüsten, um, wenn nötig, so zu sterben, wie die Schutzbündler gestorben sind! Nun erst recht kein Pazifismus, sondern Gewalt gegen Gewalt! Nun erst recht Klassenkampf!“ Es ist begreiflich und in gewissem Sinne erfreulich, daß es besonders ein Teil der sozialistischen *Jugend* ist, der so denkt und fühlt. Es offenbart sich darin ein Glaube an den Sozialismus, ein Sozialismus der Gesinnung, eine sozialistische Charakterhaftigkeit.

Freilich finden sich auf dieser Seite nun neben den echten Idealisten und Radikalen wieder Elemente, die uns wenig freuen können, ein Phrasenradikalismus, dem nicht über den Weg zu trauen ist, eine Gewalt-Ideologie größter und ganz unsozialistischer Art, eine politische Naivität, Unwissenheit, Verbohrtheit und Verblendung, die ebenso zum Untergang treiben, wie jener Abfall vom Sozialismus nach der bürgerlichen Seite hin.

Also Skylla und Charybdis — ein Reformismus, der den Sozialismus formell preisgibt und ein Radikalismus, der ihn sachlich nicht weniger verleugnet. Auf beiden Seiten ein Recht, auf beiden Seiten ein Unrecht.

Auf welche Seite denn sollen wir uns stellen?

Es gibt unter den uns mehr oder weniger freundlich gesinnten Christen und bürgerlichen Demokraten viele, die es für selbstverständlich halten, daß wir uns auf die *erste* Seite schlugen. Denn wie? Wollen nicht gerade wir eine Ueberwindung des Klassenkampfes? Haben nicht gerade wir von jeher das Recht der Demokratie verteidigt? Haben nicht gerade wir immer wieder auch den *schweizerischen* Gesichtspunkt geltend gemacht? Und so fort. Man hält es für selbstverständlich, daß wir eine besonders gemäßigte und zahme Art von Sozialisten seien. Denn wie könnten wir sonst Sozialisten sein? In dieser Form aber ist man geneigt, uns eine gewisse Nützlichkeit zuzuerkennen. Wir könnten etwas wie einen Brückenpfeiler nach rechts hin, zur bürgerlichen Welt hinüber, bilden und dem Sozialismus seine Schärfe nehmen, seine

Hörner und Klauen etwas abstumpfen. Wenn ich nicht irre, tut man, wenn man eine Herde wilder Elephanten zähmen will, zunächst eine Anzahl zahme unter sie. Als solche Zähme-Elephanten scheinen manche gute Freunde uns zu betrachten. Und den sogenannten Radikalen in der Partei paßte es lange Zeit, uns zur „Parteirechten“ zu zählen, während sie selbst die grimmigsten Revolutionäre waren.

Wie verhält es sich damit?

In der Tat, manches von dem, was jetzt auf einmal die früheren „Radikalen“ wollen und wofür sie uns einst als „Reformisten“, „Vertreter der Rechten“, ja als „Kleinbürger“ verhöhnten, wollten wir von jeher und wollen wir auch jetzt. Wir wollten und wollen einen volksumfassenden, auch das Recht nicht nur der Bauernschaft, sondern auch des bürgerlichen Mittelstandes vertretenden Sozialismus, einen Sozialismus für alle. Wir wollen, in einem bestimmten Sinne, einen nationalen, einen schweizerischen Sozialismus; wir haben uns, als die jetzigen nationalen Fröntler noch tief schliefen (im günstigsten Falle!), heiß um die Schweiz bemüht und tun es noch. Wir sind in *diesem* Sinne für die Landesverteidigung. Wir sind für eine den Klassenkampf und Klassenhaß überwindende Volksgemeinschaft. Und so fort.¹⁾

Aber sollen wir deswegen mit jenen sozialistischen Verwandlungskünstlern gehen? Nur ganz naive oder jedenfalls den Sozialismus nicht kennende Politiker und andere Leute können das annehmen.

Nichts ist, um damit zu beginnen, falscher, als zu meinen, ein geschwächter, ja fast bürgerlich gewordener Sozialismus könnte besser der faschistischen Flut widerstehen. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Das zeigen die *deutschen* Vorgänge jedem, der sehen will und nicht von der Angst völlig geblendet ist, so klar wie nur möglich. Nein, der deutsche Sozialismus ist vor dem Ansturm des Nationalsozialismus nicht darum so kläglich dahingefunken, weil er zu radikal gewesen wäre, sondern weil er in seinen Führern matt, halbherzig, charakterlos und feig geworden war. Der Nationalsozialismus konnte nur aufkommen, weil die Massen über *diesen* Sozialismus enttäuscht waren, weil der Nationalsozialismus, ähnlich wie einst der italienische Faschismus, einen *größeren Radikalismus* vorgab, energischere antikapitalistische Maßregeln versprach. Genau so ist die Lage bei uns. Nicht sein Radikalismus entfremdet dem schweizerischen Sozialismus die Volksmassen (ich denke jetzt nicht an andere Ursachen der Entfremdung, an die man freilich *zuerst* denken müßte, wie die Stellung zur Religion und zu den sexuellen Dingen), sondern sein Mangel daran. Nichts ist verkehrter, als zu behaupten, jetzt sei keine Zeit für Sozialismus. Das genaue Gegenteil ist richtig. Gerade jetzt, und erst jetzt, ist die Zeit für den Sozialismus da, freilich nicht für einen verkalkten

¹⁾ Wer diese unsere Denkweise in der neuesten und kürzesten Form kennen lernen will, der greife zu unserer „Religiös-sozialen Prinzipienklärung“ oder zu meiner Schrift: „Die Erneuerung der Schweiz“.

Schablonenmarxismus, den eben gewisse Leute allein kennen, wohl aber für einen lebendigen, volksumfassenden, initiativen und kühnen Sozialismus.

Nur ein in diesem Sinne radikaler, ein echter, tapferer, charaktervoller Sozialismus kann sich gegen den Ansturm des Faschismus behaupten. Gerade jetzt nicht zurück, sondern vorwärts! Gerade jetzt nicht Landesverteidigung — im Sinne eines bürgerlich-demokratischen Militärpatriotismus, wie es ja gemeint ist — das wäre der Tod des Sozialismus. Gerade jetzt echter, tief begründeter Antimilitarismus, auch um der Rettung der Schweiz willen! Gerade jetzt kühne, große, fortreißende Gedanken! Gerade jetzt eine männliche, tapfere, scharfe, angreifende Sprache! Jede andere Haltung käme nur dem Faschismus zugute. Ein Sozialismus, der sich so einstellte, wie jene allzuwohlwollenden bürgerlich-demokratischen Freunde es zu seinem vermeintlichen Heile anraten oder jene heutigen Rechts-Sozialisten es üben, würde rasch in sich zusammenbrechen, wie jedes hohl und leer gewordene Gebilde, und in seinem eigenen Untergang auch die Demokratie hineinziehen. Eine *Spaltung* wäre unvermeidlich, aber diese Spaltung könnte tödlich wirken. Ein Teil ginge zu den Kommunisten über und vergrößerte damit auch die Chancen des Faschismus. Diese Spaltung bedroht nicht nur die Partei, sondern auch die Gewerkschaften, wenn ihre Führung auf dem Wege weitergeht, den sie seit einiger Zeit verfolgt. Der Uebergang der Jungsozialisten von Höngg zu den Kommunisten, der Austritt des Laufanner Gewerkschaftskartells aus dem schweizerischen Gewerkschaftsbund und die Forderung der Zürcher Lithographia, daß das Bundeskomitee zurücktrete, sprechen eine Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Es ist aber ebenso klar, daß ein gezähmter, charakterlos gewordener Sozialismus der bürgerlichen Welt keineswegs imponierte. Man kann es doch deutlich genug sehen, wie jene bloß aus der Angst vor dem Faschismus entstandene Umstellung auf der bürgerlichen Seite nur mit Hohn quittiert wird und das mit Recht. Was hat Johannes Huber seine schöne politische Leichenrede auf Häberlin genützt? Und was dem „Volksrecht“ seine neue Sanftmut? Und kann man sich etwas Jämmerlicheres denken, als die Art, wie man nun der Sozialdemokratie von allen Seiten her erklärt: „Nur wenn du ganz brav wirst, uns hübsch aus der Hand frisst, vor allem die Landesverteidigung annimmst und vor den Obersten den Kotau machst, werden wir dich als regierungsfähig anerkennen und etwa einen besonders zahm gewordenen Elefanten in den Bundesrat oder Regierungsrat lassen?“ Wahrhaftig, ein Sozialismus, der darauf einginge, wäre nicht mehr wert, daß ein Hund von ihm ein Stücklein Brot nähme. Nein, es gilt auch für den Sozialismus, wenn er gerettet werden soll, nur die *eine* Lösung: *Résistez* — widerstehet!

So steht es, verehrter Herr Gadiant. So muß die Sache sehen, wer

die Arbeiterbewegung und den Sozialismus und ihre heutige Krise wirklich kennt, von *Innen* her kennt. Meinen Sie denn wirklich, ein Grimm, Reinhardt, Heeb seien jetzt plötzlich die Hüter der Demokratie und wir, die wir diese in den schwersten Zeiten unter Einsatz größter Opfer verteidigt, seien plötzlich ihre Verräter? Sollte es nicht auch heute anders stehen?

Nein, gerade wir religiösen Sozialisten haben heute einen im guten Sinne radikalen Sozialismus zu vertreten und zu retten. Wir haben ja nie zur „Rechten“ gehört. Es war nur eine demagogische Finte, wenn man uns dort plazieren wollte. Wir gingen nie in das Schema „rechts“, „links“, „Mitte“. Aber heute müssen wir nicht nur um der Rettung des Sozialismus willen, sondern auch, damit der Damm gegen den Faschismus nicht von uns selbst gelockert werde, und gerade auch, damit man sich mit dem Sozialismus verbünden könne, weil man ihn achten muß, einen echten, charaktervollen, ganzen, großen, begeisterten Sozialismus verkündigen.

Aber wie — treten wir denn auf die *andere* Seite?

Ebenfowenig, auch wenn unser Herz, offen gestanden, viel mehr bei diesen leidenschaftlichen Sozialisten ist, als bei jenen plötzlich aus revolutionär-marxistischen Wölfen zu sozialpatriotischen Lämmern Gewordenen, bei denen der Sozialismus nun ein Moratorium erlebt. Aber es ist klar: Wir bleiben Demokraten — erst recht! Wir lehnen *jede* Diktatur ab — erst recht! Und wir lehnen die *Gewalt* ab — erst recht.

Ueber dieses Letzte ist hier besonders ein Wort zu sagen. Wir begreifen es durchaus, wenn charaktervolle und leidenschaftliche Sozialisten auch bei uns erklären: „Lieber fallen wir in aussichtslosem Kampf, wie die österreichischen Arbeiter, als daß wir den Sozialismus feige preisgäben, wie die deutschen Führer.“ Aber wir antworten: Der Kampf ist *nicht* aussichtslos! Aussichtslos ist bloß der mit *Waffen*. Bedenket: Ihr seid nicht einst im Schützengraben gestanden, wie ein Teil jener Schutzbündler, besonders ihre Führer. Ihr habt keine militärischen Führer. Ihr habt keine Maschinengewehre, Wohl habt Ihr eure Flinten. Aber was sind sie gegen die Waffen die das *Heer* zur Verfügung hat, gegen Maschinengewehre, schwere Artillerie, Minenwerfer, Flugzeugbomben? Bedenket auch: dieses Heer ist viel mächtiger, als es die Kräfte waren, die gegen die Schutzbündler aufgeboten werden konnten. Und noch viel brutaler.

Ihr antwortet vielleicht: „Aber im Heer stehen zum Teil unsere Kameraden, stehen — wir! Die Gewehre werden sich umwenden!“

Ich erwidere: Könnt Ihr so naiv sein? Macht Ihr Euch wirklich nicht klar, daß die Heeresleitung rechtzeitig dafür sorgen wird und sicher jetzt schon dafür gesorgt hat, daß im Falle eines Arbeiteraufstandes nicht *Arbeiter* gegen Euch aufrücken? Macht euch um Gotteswillen keine Illusionen!

Nein, der Kampf mit Waffen ist bei uns noch zehnmal aussichtsloser als er in Oesterreich war. Eure schlimmsten Feinde warten schon lange gerade darauf. Ihr könnt ihnen keinen besseren Dienst tun. Die Katastrophe der Arbeiterbewegung wäre furchtbar.

Aber aussichtsvoll, sehr aussichtsvoll ist der andere Kampf, der Kampf des *Geistes*, der Kampf, der darin besteht, daß ihr einen echten, charaktervollen Sozialismus vertretet, einen gelebten Sozialismus, einen Sozialismus der Gesinnung und der Tat, und nun freilich einen demokratischen, volksumfassenden, auf heiligen Grund gebauten Sozialismus. Nicht Landesverteidigung freilich, so wie man sie Euch jetzt aufschwätzen will, wohl aber ein festes Einstehen für die Schweiz; nicht Abschwächung des antikapitalistischen Kampfes, sondern Radikalisierung, aber nicht Diktaturparolen und nicht eine Klassenkampflosung, die heute keinen Sinn mehr hat, wo der Sozialismus Sache des *ganzen* Volkes wird; nicht ein Sozialismus, den man von Bürgerlichkeit kaum mehr unterscheiden kann und den jeder Hauch umwirft, aber ein Sozialismus, der die tiefste Sehnsucht der heutigen Volksbewegung ausdrückt.

Ein *solcher* Sozialismus hat bei uns nur große Aussicht, dem Faschismus siegreich zu widerstehen, auch ohne Waffen, ja erst recht ohne Waffen. Ein *solcher* Sozialismus ist auch der beste Verbündete von Demokratie und Schweizertum. Ein *solcher* Sozialismus ist überhaupt nicht zu besiegen, weder durch Waffen, noch sonstwie. Vertrauet auf ihn! Zu ihm stehen könnt ihr höchstes Heldentum üben — sozialistisches Heldentum. Vertrauet aber *ganz* auf ihn! Schüttelt endlich jene *Halbheit* völlig ab, die weder ganz den Waffen noch ganz dem Geist vertraut und die in Oesterreich wieder ihre Tragödie erlebt hat.

Und laffet Euch durch keine Künste eines Parteivorstandes davon ablenken!

Ich kann es mir nicht versagen, zum Schlusse noch eine Stimme aus Oesterreich sprechen zu lassen, die Stimme eines der getreuesten Kämpfer für einen echten, radikalen Sozialismus. Der Freund schreibt zwei Tage nach dem Ende des Kampfes: „Keiner weiß so gut wie ich, wie man auch auf der Seite der Arbeiterschaft bis zuletzt zu einem selbst verlustreichen Frieden bereit war. Aber die andere Seite wollte die Kapitulation. Nun ist sie erreicht. Mit welchen Opfern!

Vor Gott gibt es kein Dementi der Schuld; er läßt sie nicht ungefühnt. Aber wenn schon niemand anders, so sollten wenigstens die Sozialisten aller Welt aus diesen Ereignissen lernen. Rascheste und konsequente Abwendung von der Gewaltideologie! Mit friedlichen Mitteln den Anfängen widerstehen! Sich niemals aus opportunistischen Erwägungen auch nur eine handbreit Rechtsboden abtrotzen lassen! Ansonsten entwickelt sich die Geschichte nach dem Gesetz der schiefen Ebene. In diesen Tagen denke ich oft an unsern Aufruf an den Partei-

tag von 1932. Der Aufruf fand kein Echo, aber der Weg, den er zeigt, bleibt der einzige, der den Sozialismus retten kann. Und es ist meine feste Ueberzeugung geworden: Kein Preis, kein Opfer an organisierter Verbundenheit ist zu groß, wenn es gelingt, eine Schar grundsätzlicher Sozialisten auf diesen Weg zu bringen, um die Arbeiterbewegung in anderen Ländern vor einer ähnlichen Katastrophe zu bewahren. Das schreibe ich wahrhaft blutenden Herzens und in tiefer Verbundenheit mit jenen, die für das falsche Grundprinzip bis zum letzten eingestanden sind.“

Leonhard Ragaz.

Von Freiheit und Freisinn.

Die einzige unfehlbare und dauernde Quelle der Besserung ist die Freiheit; denn durch sie bestehen so viele möglichen unabhängigen Zentren der Besserung, als es Individuen gibt.

Stuard Mill.

Wer freisinnig ist, traut sich und der Welt etwas Gutes zu und weiß mannhaft von nichts anderem, als daß man hiefür einzustehen vermöge, während der Unfreisinn oder der Konservatismus auf Zaghastigkeit und Beschränktheit gegründet ist. Diese lassen sich aber schwer mit wahrer Männlichkeit vereinigen. Vor tausend Jahren begann die Zeit, da nur derjenige für einen vollkommenen Helden und Rittersmann galt, der zugleich ein frommer Christ war; denn im Christentum lag damals die Menschlichkeit und Aufklärung. Heute kann man sagen: sei einer so tapfer und resolut, als er wolle, wenn er nicht vermag freisinnig zu sein, so ist er kein ganzer Mann.

Gottfried Keller.

Zur Weltlage

Die Ereignisse der Wochen, die seit dem letzten Berichte abgelaufen sind, kreisen im wesentlichen um einige Mittelpunkte. Da ist vor allem

Das Problem Oesterreich.

Soweit die Lage in Oesterreich selbst in Betracht kommt, ist darüber nicht viel Bestimmtes zu sagen. Es ist eine Brandstätte. Rauch und Blutdunst lagert darauf, und der Fluch der bösen Tat wirkt sich aus. Zwar hat der Henker vorläufig seine Arbeit eingestellt, wohl weniger, weil der Rachedurst des Triumvirats Fey, Starhemberg und Dollfuß und ihrer Hintermänner befriedigt war, als weil die fremden Mächte warnten (unter denen Englands Stimme wohl am meisten Eindruck

gehen werde. Daß ein solcher Mann an der Extravilla, die sich der päpstliche Nuntius Ciriaci wünschte, keine Freude hatte und daß er mit feinen Ansichten ein Stein des Anstoßes war, versteht sich von selbst. Als Achtzigjähriger hat er sich müßen absetzen lassen, weil er Christus diene und nicht dem Mammon.

Und nun neben dem Erzbischof *Annelise Rüegg!* Ihre „Erinnerungen einer Serviertochter“ sind etwas vom Erquickendsten, was man lesen kann, und zwar, weil da ein unverdorbenes junges Frauenwesen, so recht aus Herz und Kern des besten Schweizertums heraus, gegen Schmutz und Gemeinheit, besonders des männlichen Geschlechtes und vor allem seines „bessern“ Teiles, urkräftig und urgefunden reagiert. Die Tochter einer Fabrikarbeiterfamilie aus Uster hat dann ein bewegtes und zuletzt sehr schweres Schicksal gehabt, sich selbst aber nie verloren. Und der Arbeiterklasse hat sie als glühende Sozialistin Treue gehalten. Auch sie verdient ein warmes Gedächtnis.

Von *Robert Durrer*, dem Staatsarchivar von Nidwalden, reden die Zeitungen reichlich. Ob sie dabei stets sein Bestes treffen, ist fraglich. Er war jedenfalls einer der letzten *Schweizer*, ein Mann von Rasse (im guten Sinn), Herz, Geist, Temperament, mit großer Herzensweite auch ein echter Katholik dazu. Daß er uns Niklaus von der Flüe neu geschenkt hat, wird wohl seine edelste Gabe bleiben. Es sei ihm für alles von Herzen gedankt.

Berichtigung. Ich habe im letzten Hefte (S. 174 und 197) mitgeteilt, daß die jungsozialistische Gruppe von Höngg infolge der Verstimmung über die Haltung gewisser Parteikreise und Parteinstanzen zu den Kommunisten übergegangen sei. Das scheint nicht ganz zu stimmen. Die Gruppe habe sich vielmehr wegen innerem Zwiespalt aufgelöst und habe überhaupt keine Bedeutung und keinen klaren Charakter gehabt.

Ich hatte die Notiz dem „Kämpfer“ entnommen, wohl wissend, wie unsicher die Quelle sei und darum erst, nachdem ich die Kontroverse darüber zwischen „Volksrecht“ und „Kämpfer“ verfolgt hatte.

Der auf S. 189, Z. 19 erwähnte Ueberfall von Hitlerjugend auf katholische Jugend fand nicht in Spandau, sondern in *Hennigsdorf* statt, das allerdings, wenn ich nicht irre, ganz nahe bei Spandau liegt.

Druckfehler: Im *Aprilheft* muß es heißen: S. 164, Z. 23 v. unt. „fast alles“, (statt „alles“), S. 164, Z. 22 v. unt. „Wenn“ (statt: „Denn, wenn“); S. 176, Z. 19 v. ob. „noch große Aussicht“ (statt „nur große Aussicht“) und Z. 24 v. ob. „stehend“ (statt „stehen“); S. 178, Z. 15 v. ob. „Weißel“ (statt „Weißl“); S. 192, Z. 10 v. unt. „vestigia“ (statt „vestegia“).



Aus der Arbeit

I. „HEIM“ *Neukirch a. d. Thur.*

Ferienwochen unter der Leitung von Fritz Wartenweiler.

Die Woche vom 17.—23. Juni ist dem Thema „Bauernleben — Bauerdichtung“ gewidmet.